



**Öng** aber die Regierungsform des Landes zu treffen. Der Antrag erhält das Recht aller Befehlungsinitiative und der Handlungsfreiheit bezüglich des Budgets fremdlands. Er wird jeberzeit die Regierungsform ändern können, wenn neue Verhältnisse oder die Forderungen der Zeit dies wünschener machen. Die Selbstverwaltung fremdlands, die in aller Zukunft vollkommen und unantastbar sein wird, wird allen Minderheiten ein Ende machen und die Gewähr bieten für gute Beziehungen zu Russland, was auch der würdige Wunsch der provisorischen Regierung ist.

#### Aus der Ukraine.

Petersburg, 31. März. (WZ.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Eine Versammlung von Offizieren der Ukraine nahm in Kiev einen Antrag an über den Zusammenschluß aller Länder der Ukraine und ihrer Vereinigung mit einem föderativen freien Rußland.

#### Graf Czernin über die Friedensfrage.

Wien, 31. März. (WZ.) Der Minister des Aeußern, Graf Czernin, gab heute dem Chefredakteur des „Fremdenblattes“ eine Unterredung über die politische Lage. Der Redakteur der Unterredung ist folgender:

„Auf die Frage, welche Richtung die russische Revolution nehmen dürfte, antwortete der Minister: Auf Prophezeiungen kann ich mich nicht einlassen. Wenn der Regimentschef in Rußland dahin fährt, daß die geistlichen Väter des russischen Reiches einsehen, daß die Fortsetzung des Krieges ein Verbrechen ist, daß sie, ebenso wie die Entente, jeden Tag einen ehrenvollen Frieden mit den Centralmächten schließen können, dann wird diese ernsthafte Meinungsänderung ihrem Ende entgegengehen.“

„Wir sind nicht zu verzweifeln, aber wir wollen auch nicht vernachlässigen. Unsere Fronten sind härter denn je, unsere wirtschaftliche Lage ist gefährlich, wir können und werden durchhalten. Die beispiellose Anstrengungsfähigkeit der Kräfte, mit der die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie ihre Entschlossenheit ertragen, schonen den Grotendruck. Nicht den oberen Landkrieg, sondern dem Mittellande und vor allem den dreien Mächten, den vom Schicksal Entzweiten, gebührt das größte Verdienst. Nur ab von den Monarchen, die im Schützengraben oder beim auf dem Schlachtfeld der Arbeit die tägliden Entbehrungen ohne Murren ertragen! Ob es von ihrer Größe und ihrer Kraft! Der Tag wird kommen, da die Völker der Monarchie den Lohn für ihr Selbsten erhalten werden.“

Die weitere Frage, ob er den Vorschlag zur Befriedung einer Friedenskonferenz durch alle Kriegführenden Staaten nach wie vor anerkennen wollte, beantwortete der Minister: „Gewiß, ich sehe nur diesen Weg, um zu einem allgemeinen Ende zu kommen. Für jene, welche den Krieg fortsetzen wollen, bedeutet der Zusammenbruch der Fronten keine Abwendung. Während hier Tage kann es der Kampf fortgesetzt werden. Nur auf einer Friedenskonferenz können Hunderte von Tausenden, die der Krieg aufgeschoben hat und die ein unersetzbares Gut bilden, gelöst werden. Wir besitzen keine Territorien unserer Feinde und die angebotene Versöhnung von uns. Auf dem Wege kämpft die Hofstadt unserer Feinde gegen den Unterwerfungskrieg. Alle internationalen Verträge sind zerfallen. Es ist unmöglich, einzelne dieser Fronten, herausgerissen aus dem Komplex des Ganzen, lösen zu wollen. Wer den Frieden will, muß auch über denselben sprechen und verhandeln wollen. Gewiß ist Friedenskonferenz, daß eine Einigung unmöglich ist, so geht der gerichtlich unterbrochene Krieg eben weiter.“

Auf die Frage, ob es nicht möglich wäre, den allgemeinen Zusammenbruch Friedensbedingungen zu verbinden, erklärte der Minister: „Das ist in sich bereits gegeben. Ich habe öffentlich erklärt, daß wir einen ausgenommenen Verhandlungsvertrag führen, dessen Zweck die geordnete, freie und ungehinderte Entwicklung der Monarchie ist. Garantien für den Bestand unserer Existenzmöglichkeit müssen wir erhalten. Sobald die Gegner ihre unerfüllbaren Ideen, uns zu verschmerzen, fallen lassen, sobald sie bereit sind, über einen für sie und für uns ehrenvollen Frieden zu verhandeln, steht den Verhandlungen nichts im Wege.“

Wien, 1. April. (WZ. Nichtamtlich.) Aus den mancher aus der österreichischen Presse als auch aus Ungarn vorliegenden Bestimmungen geht hervor, daß die öffentliche Meinung der ganzen Monarchie den in der Unterredung des Grafen Czernin mit dem Chefredakteur des „Fremdenblattes“ präzisierten Standpunkt einmütig billigt und ohne Unterschied der Nationalität und Parteiparteiung auf Seiten der Minister Recht, so daß sich die Erklärungen des Grafen Czernin als die Darlegung des einmütigen Volkswillens der Monarchie darstellen.

Berlin, 31. März. Aus deutschen politischen Kreisen erzählt das offizielle W. Z. folgende Stellungnahme zu der heute hier bekanntgegebenen Unterredung, die der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Graf Czernin gestern dem Chefredakteur des „Fremdenblattes“ geführt hat:

„Wir begrüßen mit Freude die offenen und freimütigen Äußerungen des berühmten Reichers der österreichisch-ungarischen Politik. Die werden unweilich in hohem Maße dazu beitragen, die von uns unter Feinden in sich erkennbarer Abstand in einigen Tagen immer wieder in die Welt gelegten Gerüchte zu zerstreuen, daß die Zentralmächte ein Interesse an der russischen Reaktion zu nehmen geneigt seien und die wieder zur Macht übergehen wollten. Graf Czernin schloß sich also nur zu dem Zwecke an, der in Bezug auf Rußland den Äußerungen der Reichsminister an, der in Bezug auf Rußland lautet: „Wir begehren nichts anderes, als möglichst bald wieder in Frieden mit Rußland zu leben, in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufbaut.““

Somit ist es nun an Rußland, eine Antwort auf diese klaren, ungeschwätzigen Äußerungen des deutschen und des österreichisch-ungarischen Staatsmannes zu geben. Was Graf Czernin am Schluß der Unterredung über seine allgemeine Bereitwilligkeit erklärt, in Verhandlungen für einen ehrenvollen Frieden einzutreten, sobald die Gegner ihre unerfüllbaren Ideen, uns zu verschmerzen, fallen lassen und übertrits bereit sind, eine Friedenskonferenz zu beschicken, deckt sich gleichfalls grundständig mit dem allgemeinen Wunsch des deutschen Volkes. Aber auch hier können wir aufrechten Gutes und reinen Sinnes das Angebot unserer Gegner, denen heute, am 31. Dezember unsere Wünsche bekannt sind, annehmen. Anzunehmen und überlegen sie an allen Fronten, in hiesiger, aber gefährlicher Arbeit, belassen können und werden wir, nur Graf Czernin laute, durchhalten bis zum Ende, bis zum ehrenvollen Frieden, der wirklich die angebotenen Opfer wert ist, die wir gebracht haben.“

#### Das ungarische Abgeordnetenhaus und der Antrag in Rußland.

Budapest, 31. März. (WZ.) Am Abgeordnetenhause bestritt der Präsident, den gestern eingebrachten Antrag der Oppositionsparteien über die Stellungnahme zu den russischen Erklärungen auf die Tagesordnung zu stellen. (Allgemeine Zustimmung.) Finanzminister Tolstoj erklärte: Im Namen der Regierung stimme ich dem Antrag des Präsidenten zu, unweilich, als die Regierung mit der in dem jetzt vorliegenden Antrag zum Ausdruck gelangten Auffassung völlig übereinstimmt. (Allgemeine, lebhafter Beifall.) In der Monarchie gibt es keinen Frieden, der sich in die neuen Angelegenheiten Rußlands einzumengen befreit wäre. (Lebhafter Beifall.) In jeder Sache wünschen wir einer das Vertrauen des ganzen russischen Volkes bewohnen Regierung gegenüberzusetzen, mit der wir einen schließlichen Frieden abschließen können. (Allgemeine, lebhafter Beifall.) Wir wünschen, daß die russische Nation dauernd die Erinnerung einer friedlichen Verständigung genießen möge. (Lang anhaltender Beifall.)

der Beifall. Die früher sämtlicher Parteien betonten jedoch mit Vermehrung die Einmütigkeit des ganzen Hauses in dieser Frage und hoben hervor, daß wir diesen uns aufzunehmenden Krieg weiterführen wollen, bis wir einen ehrenvollen Frieden erkämpft haben, uns aber ein Friedensstille einsehen wollen, wenn unsere Gegner ihre Eroberungsgelüste aufgeben wollen. Hieraus beschloß das Haus, den Antrag zur Verhandlung auf die Tagesordnung zu stellen.

#### Eine Erklärung des bulgarischen Ministerpräsidenten.

Sofia, 1. April. (WZ. Nichtamtlich.) Der Ministerpräsident Radoslawoff erklärte in der Sobotnik sich mit den Erklärungen des deutschen Reichsministers und des österreichischen Ministers des Aeußern betreffend Rußland namens der bulgarischen Regierung folgendermaßen:

#### Die deutsche Sozialdemokratie und Rußland.

Berlin, 1. April. (WZ.) Der „Vorwärts“ meldet: Der Vorherrscher der deutschen Sozialdemokratie hat gestern an den Minister Steining in Kopenhagen folgendes Telegramm geschickt:

„Die russische Sozialdemokratie übermüht uns eine Friedensforderung, in der sie die Erwartung ausdrückt, daß jede Einmütigung in die Entschloßung der russischen Revolution von uns sofort bekräftigt würde. Die Sozialdemokratie Deutschlands befindet sich in völliger Uebereinstimmung mit dieser Forderung. Sie hat sich bei den letzten Reichstagsverhandlungen ausgesprochen in diesem Sinne bezeugt. Auch die übrigen Parteien und die Reichsregierung haben sich im Reichstag energisch gegen jede Einmütigung in die uneren Verhältnisse Rußlands erklärt.“

Die deutsche Sozialdemokratie beglückwünscht ausdeshalb die russische Sozialdemokratie mit dem Wunsche, daß sie sich nicht nur bei den russischen Sozialdemokraten, sondern auch bei den russischen Völkern des russischen Volkes dazu beitragen werden, der Welt den Frieden zu sichern, für den die deutsche Sozialdemokratie seit Ausbruch des Krieges gekämpft hat.

Wir bitten, diese Mitteilung im „Sozialdemokraten“ zu veröffentlichen und weiter zu telegraphieren an Zikewitz, Duma, Petersburg. (Vorbevorstehender Über.)

#### Die täglichen Kriegskosten Englands.

Amsterdam, 1. April. (WZ.) Im englischen Unterhause hat Bonar Law am 19. März erklärt, daß die täglichen Kriegskosten für England für die Zeit vom 11. Februar bis 31. März sich auf 7260000 Pfund Sterling belaufen würden. Der Minister suchte diese Erklärung durch den Nachschub abzumildern, daß große besondere Zahlungen in diesem Zeitraum gefallen seien, die die durchschnittlichen Kosten um mehr als eine Million Pfund pro Tag erhöht hätten. Für die Periode vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 würden sich die durchschnittlichen Ausgaben auf etwa 6 Millionen Pfund belaufen.

#### Kriegsmüdigkeit bei den Franzosen.

Berlin, 1. April. (WZ. Nichtamtlich.) Die vielen in der letzten Zeit geäußerten und abgeklärten Franzosen in wollen mehr denn je von der Kriegsmüdigkeit dabei und in der Schützenarmee zu erzählen. Sie sagen leicht über ihre Regierung, die den Krieg ohne die leichteste Aussicht auf einen Sieg führt. Ein Unteroffizier und Mannschilde des 178. Infanterieregiments, die am 31. März bei Douannant in deutsche Hände fielen, malten einen trübenden Blick auf die deutsche Fronten. Der französische Regierung seien in die Engländer, und es sei ganz gleichgültig, ob Brand oder Nitro nach der englischen Seite tunen müßten. Selbstmord sei ein einziger Weg, um den Franzosen nicht zu sein, was denn überhaupt die Bildung der Belagerten auf einem für Deutschland unüberwindlichen Zeitpunkt sei, so konnte ein Mann vom Infanterieregiment 359, der auf Höhe 670 genannt wurde, weder lesen noch schreiben, doch auch in seinem Soldbuch vermerkt war. Er war so interessiert, daß er nicht einmal den Namen seines Kompagnieführers konnte. Dennoch blieb er seinen gebildeten Kameraden darin, daß er kriegsmüde bis zum Überdauern war.

Ein Offizier und Leutnant des Infanterieregiments 324, die am 29. März bei Vastromont eingekesselt wurden, erzählen, daß der Betraum in Frankreichs Gendarmen so geschwunden. Der im Graben nach dem Kraxall gegen die Deutschen getraut: „Es ist nicht, dem wird von allen Seiten die böhmisches Antwort geantwortet: „Du, les gars! aber die Soldaten zeigen ihren Unwillen und ihre Kriegsmüdigkeit nicht nur untereinander. Als Ende Oktober der Präsident die Regimenter 31 und 331 befehligen wollte, wurde er von den Mannschaften mit Jochen und Pfeilen empfangen. Bei dem Vollenstein flohen ihm die wütendsten Schimpfwörter an den Kopf wie Salz nach unten. Diese Angaben stammen von Angehörigen beider Regimenter 31 und 331, die am 16. März von den Deutschen bei Velle auf Bois gefangen wurden.“

#### Weizenmangel in Amerika.

London, 31. März. (WZ.) „Daily Telegraph“ meldet aus New York vom 30. März, daß hier veröffentlichten Berechnungen von Anbauverhältnissen seien die Vereinigten Staaten vor einem ersten Weizenmangel, so daß es vielleicht notwendig sein wird, vor Ende des Jahres eine Exportation vorzunehmen. Die optimistischen Schätzungen der Ernte dieses Jahres rechnen auf nicht ganz eine Milliarde Bushels, und man erwartet nach der Anlage von Regierungsexperten, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges den Allierten ungefähr 400 Millionen Bushels liefern werden. 100 Millionen müssen als Samen zurückgehalten werden, so daß nur 300 Millionen übrig bleiben, was den normalen Weizenverbrauch der Vereinigten Staaten in der Form des Mehl allem ausmacht. Nach weniger optimistischen Schätzungen ist nur eine Ernte von 800 Millionen Bushels zu erwarten, obwohl 850 000 Acres mehr mit Weizen bepflanzt worden sind als früher. Die Wirtschaftspolitiker prognostizieren schon jetzt die höchsten Lebenspreise in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

#### Die Lebensmittelversorgung der Schweiz.

Bern, 31. März. (WZ. Nichtamtlich.) In Vermittlung einer sozialdemokratischen Unterredung betreffend die Sicherung der Lebensmittelversorgung der Schweiz, entwarf der Bundespräsident Schaublich ein eingehendes Bild der Verhältnisse, die sich zusehends schwieriger gestalten, so daß das Schweizer Volk noch zu einschneidender Maßnahmen als bisher werden rechnen müßte. Der Bundespräsident teilte mit, daß eine Erzeugung des Milchproduktes von 27 auf 33 Rationen unweilich bedroht, wobei allerdings für etwa ein Drittel der Bevölkerung der Bund, die Kantone und die Gemeinden 5 Rationen Aufschlag aufnehmen. Was die Fleischversorgung betrifft, so soll neben die durch ungenügende Vorräte hervorgerufene Notlage, die momentan eine gewisse Notwendigkeit der Schlachtviehproduktion darstellt, ebenfalls erheblich die weitere Zerstörung der Fleischindustrie durch die Bundesstaaten einwirken. Der Bundespräsident appellierte zum Schutz auf die Einheits- und die Wirtschaft des Volkes und der Behörden, damit die Schweiz die unweilich bevorstehende äusserere Not abmildern könne. Bundesrat Decoppas, der Chef des Militärdepartements, erklärte: „Auch wenn die Brotversorgung und solche ist, daß die Vorkontrollen infolge mancherlei Jahre ständig zurückge, so daß der Bundesrat die Einführung der Brotkarte nicht mehr wird umgehen können. Die Unterredungen erklärten, von der Ansicht der Regierung im allgemeinen befreit zu sein. Präsident Wäler ist sich bewußt, daß die außerordentliche Friedensgestaltung der Weizenmarktverhältnisse erfolgt im Juni.“

#### Eine Erklärung des neuen schwedischen Ministerpräsidenten.

Stockholm, 31. März. (WZ.) Nach der Ernennung des neuen Ministerpräsidenten äußerte der neue Ministerpräsident Swarth im Ministerrat folgendes:

„In Uebereinstimmung mit den Richtlinien, die Majestät gaben, als ich mit der Bildung des Ministeriums beauftragt wurde, wird es die wichtigste Aufgabe des Staatsrates sein, eine folgerichtige, unparteiische Neutralitätspolitik zu verfolgen, welche Neutralität und das jetzt zurückgetretene Ministerium erfordern. Die Neutralitätspolitik wird sich zwar in der letzten Zeit immer mehr behauptet, der Staatsrat aber nicht in einer solchen Politik das sicherste Mittel, um die Schwierigkeiten zu überwinden. In dem Bestreben, die Hinzunahme des Landes in den Weltkrieg zu verhindern und gleichzeitig seine Selbstständigkeit und sein Selbstbestimmungsrecht aufrecht zu erhalten, hofft der Staatsrat, durch seine Handlungen sich die Unterstützung des Reichstages und des schwedischen Volkes zu erwerben. Welche handelspolitische Fragen, die von großer Bedeutung für unsere Volksernährung und Industrie sind, werden der Gegenstand besonderer Sorge des Staatsrates werden. Die Verhandlungen in diesen Fragen dürfen unmittelbar geführt werden.“

#### Ein Brief des Prinzen Friedrich Karl von Preußen.

Berlin, 1. April. (WZ.) In einem Brief des Prinzen Friedrich Karl von Preußen heißt es:

„Im Aufsatze wurde mir über den fernöstlichen Vorkrieg in der Motor geschloßen, etwa 4 Kilometer vor unseren Linien. Ich hatte einen Kampf mit einem Engländer und wurde aus dem Rollen rückwärts von einem zweiten angegriffen. Ich ging sofort in Kurven gegen unsere Linien voran, doch kam ich bei dem harten Gegenwind nicht mehr ganz herüber. Beim Landen wurde ich in der Luft in den rechten Fuß getroffen. Ich mußte aber trotzdem eine weitere Landung, an der Fronten (gemeint ist Hauptmann Freiherr von Freyberg, der frühere Fluglehrer des Prinzen) seine Kreuze geschloß. Zum Verdruss der Maschine hatte ich keine Zeit mehr, da ich aus den Gräben hart beschossen wurde. Als ich vortraute, ergriff ich einen Sturz in den Rücken durch den Regen und wurde geschlagen.“

Berlin, 31. März. (WZ.) Nach einer hier vorliegenden Meldung vom 29. März ist das Befinden des Prinzen Friedrich Karl von Preußen so befriedigend, wie man es hoffen konnte. Der Zustand der Wunde geht zu guten Erwartungen an.

#### Seetrieg.

##### Ein deutsches Kapererschiff.

New York, 31. März. (WZ.) Meldung des Heuterrischen Bureaus. Ein Telegramm aus Rio de Janeiro besagt, daß die französische Bark „Cambroune“ mit 200 englischen, französischen und italienischen Matrosen angekommen ist, die zu den Besatzungen von Schiffen gehören, die von einem Kapererschiff bei Trinidad versenkt worden sind. Der Kaper wird als Segelschiff mit Gasolinmotorfahre gelidert.

Nach einem weiteren Telegramm aus Rio de Janeiro ist die „Cambroune“ am 7. März einem deutschen Schiff in 21 Grad nördlicher Länge und 7 Grad südlicher Breite begegnet. Das Schiff hatte Minen an Bord, woraus ist erklärt, daß in der letzten Zeit so viele Schiffe an der brasilianischen Küste vernichtet wurden, und war außerdem mit zwei 165 Millimeter-Kanonen und 16 Maschinengewehren bewaffnet. Das Schiff hatte drei Masten und eine drahtlose Station. Kommandant war Graf Suttner. Nach Auslosung der in Rio de Janeiro gelandeten Mannschaften ist das Schiff am 29. Dezember unter Eskorte eines L-Bootes von Deutschland abgefahren. Es hieß „Seabler“, hatte Probitant für 18 Monate und einen großen Vorrat von Munition an Bord. Wenn ein Handelschiff in Sicht kam, wurde die norwegische Flagge gehißt. Sie wurde durch die deutsche Kriegsschiffe erlegt, sobald die Boote nahe genug gekommen waren.

In den Grund gebohrt sind unter anderem folgende Schiffe: „Glabbs Royale“ (3208 Tonnen), „Charles Gounod“ (3100 Tonnen), „Hochscaulca“ (3150 Tonnen), „Robingoth“ (5500 Tonnen) und „Hogart“ (1231 Tonnen). Das letztgenannte Schiff hatte versucht zu flüchten, hatte sich aber schließlich ergeben, nachdem vier Mann der Besatzung verhandelt worden waren.

##### Der englische Bericht über den deutschen Marinevorkrieg.

London, 31. März. (WZ. Nichtamtlich.) Die Admiralität teilt mit: Während der Nacht vom 29. März wurde einige Meilen von Lowestoft vom Meer der Geschütze vernommen. Die Wachboote liefen unter Vollstampf aus, trafen aber den Feind nicht an, der bereits davongefahren war. — Die Admiralität meldet, daß der einzige britische Dampfer namens „Mascoite“ unbefahren sei. Die amtliche deutsche Meldung beziehen sich wahrscheinlich auf das Wachboot „Mascoite“.

Amsterdam, 1. April. (WZ.) Aus Ymuiden wird dem „Allgemeinen Handelsblatt“ gemeldet, daß der Motorlanddampfer „Hestia“ (958 Tonnen), der mit einem aus 14 Schiffen bestehenden Convoy am Freitag abend vom Neuen Waterweg nach einem Zwischenfall abfiel, ungefähr um 4 Uhr von einem deutschen Tauchboot versenkt worden ist. Ein Boot mit 13 Insassen, darunter keine Chinesen, wird gerettet.

Yhon, 31. März. (WZ.) „Progras de Yhon“ meldet aus Sordeaug, daß der Dampfer „Montreal“ (6140 Tonnen) am 23. März im Atlantischen Ozean versenkt wurde.

#### Aus dem Reich.

##### Der Kaiser über die neuen Steuern.

Berlin, 31. März. (WZ.) Der Kaiser hat an den Reichsfinanzler folgendes Telegramm gefandt:

„Mein lieber Weltmann! Ich danke Ihnen für die Meldung von der Annahme der neuen Steuern durch den Reichstag, der sich damit im Einkommen mit den verbündeten Regierungen von neuem zu dem Grundgesetz bekannt hat, daß für bauende Ausgaben laufende Einnahmen zu schaffen sind. So bleiben die soliden Grundbesitzer unserer Finanzen auch während des Krieges erhalten, insbesondere die Weltausgaben für die Versorgung der Kriegsanstalten durch neue Einnahmen sicher gestellt. Durch die Bewilligung der neuen Steuern hat der Reichstag wiederum aller Welt kundgegeben, daß das deutsche Volk alle Lasten willig auf sich nimmt, die erdrückend sind, um unsere Vaterlandsliebe freudig zu bezeugen. Eine glückliche und glänzende Zukunft unserer geliebten Vaterlands wird alle diese Opfer lohnen. Das ist meine unerschütterliche Zuversicht! Gott mit uns!“

Willelm I. R. Gleichzeitig sprach der Kaiser dem Staatssekretär des Reichsfinanzamts Grafen Ködern Dank und wärmsten Glückwunsch zu dem Erfolg aus.

Berlin, 1. April. (WZ.) Die Kaiserin hat aus ihrem Privatbesitz Juwelen von hohem Werte zwecks Unterstützung im neutralen Ausland absetzen lassen.



